



Opposition und Widerstand in der DDR – Überblick

„Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Neues Deutschland (Zentralorgan der SED), 17. Mai 1957:

„Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. [...] Opposition ist nur der Beweis dafür, daß die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen müssen.

[...] In unserer Deutschen Demokratischen Republik sind die Kriegsverbrecher, Monopolisten und Junker entmachtet. Hier gehören die Fabriken und Banken dem Volk. [...] Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. [...] Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müßte sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, gegen unsere niedrigen Mieten, gegen die Stabilität unserer Preise, gegen die niedrigen MTS-Tarife [Ausleihgebühren für Maschinen und Traktoren], gegen die hohen Ausgaben für Wissenschaft und Kultur und gegen unsere Friedenspolitik richten. Sie müßte sich gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat richten. Sie müßte für den Einsatz von Militaristen und Faschisten in hohe Machtpositionen, für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkrieges sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.“

In jeder Phase der SBZ/DDR hat es in der Bevölkerung auch immer eine Vielzahl von Menschen gegeben, die mit den politischen Verhältnissen oder einfach mit den alltäglichen Lebensbedingungen nicht zufrieden waren. Die Gründe dafür waren sehr unterschiedlich und veränderten sich im Laufe der Zeit im Takt mit den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber nur wenige äußerten ihre Unzufriedenheit öffentlich und leisteten aktiv Widerstand gegen die Staatsführung. Die Mehrheit verhielt sich still – meist aus Angst vor Verfolgungen durch die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS.

Die 1940er- und 1950er-Jahre

In den **1940er- und 1950er-Jahren** richtete sich der **Widerstand** in der SBZ/DDR vor allem **gegen** die Errichtung und den Ausbau einer kommunistischen **Diktatur** und die **Spaltung Deutschlands**. Nach den Erfahrungen der NS-Diktatur wollten sich viele Menschen um keinen Preis erneut einer Diktatur ausliefern.

Träger dieses antikommunistischen Widerstandes waren vor allem Mitglieder der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Parteien, Jugendliche, Schüler/innen, Studierende und Angehörige der beiden Kirchen. Aber auch innerhalb der neu gegründeten SED versuchten einige sozialdemokratische Mitglieder, sich gegen die entstehende Diktatur zu wehren. Sie wurden in kürzester Zeit durch sogenannte „Säuberungen“ aus der Partei ausgeschlossen, viele wurden inhaftiert.

Die sowjetischen Besatzer, die SED und das MfS gingen in den 1940er- und 50er-Jahren besonders hart und brutal gegen Oppositionelle vor, vergleichsweise geringe Vergehen wurden mit hohen Gefängnisstrafen geahndet.¹

¹ So wurden zum Beispiel Schüler/innen der Potsdamer Einstein-Oberschule mehrere Jahre lang in sowjetischen Internierungslagern inhaftiert, weil sie sich am 1. Mai 1946 statt der politisch korrekten roten Nelken weiße Nelken angesteckt hatten. Noch schlimmer erging es 1950 dem 18-jährigen Hermann Joseph Flade. Nachdem er mit selbst geschriebenen Flugblättern gegen die undemokratische Volkswahl protestiert hatte, wurde er zum Tode verurteilt. Aufgrund von heftigen Protesten in West-Berlin und der Bundesrepublik (BRD) wurde die Todesstrafe in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt. In Erfurt wurde 1957 ein Arbeiter zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den 17. Juni 1953 als Arbeiteraufstand bezeichnet, den Aufstand in Ungarn 1956 begrüßt und politische Witze über Walter Ulbricht erzählt hatte.



In der Innenstadt von Görlitz demonstrieren am 17. Juni 1953 über 40.000 Menschen. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie)

Ein erster sichtbarer Höhepunkt des Widerstands gegen das SED-Regime war der **Volksaufstand am 17. Juni 1953**. Dem Aufstand vorausgegangen war eine schwere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise im ganzen Land. Um die Produktion wieder anzukurbeln, hatte die SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen verfügt, ohne jedoch gleichzeitig die Löhne anzuheben. Diese Normerhöhungen nahmen Arbeiter/innen in Berlin zum Anlass, um ihrer Wut auf das SED-Regime bei Kundgebungen und durch Streiks Luft zu machen. Sie forderten die Rücknahme der Normerhöhungen, aber auch freie Wahlen, den Abzug der Besatzungsmacht, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Ablösung der Regierung. Viele Menschen

schlossen sich den Arbeiter/innen an, die Protestaktionen griffen in den nächsten Tagen auf das ganze Land über. Mit Unterstützung der Volkspolizei schlugen sowjetische Besatzungstruppen den Aufstand nieder, Zehntausende Menschen wurden verhaftet, viele Tausend verletzt und mehr als 50 kamen ums Leben. Auch eine unbekannte Anzahl sowjetischer Soldaten, die sich geweigert hatten, auf die Demonstrierenden zu schießen, wurden standrechtlich getötet.² Die SED-Führung reagierte auf den Volksaufstand mit dem intensiven Ausbau ihres Sicherheitsapparates und verschärfte die Verfolgung Andersdenkender.

Schon vor dem Volksaufstand hatten viele Menschen die DDR verlassen und auf diese Weise ihre politische Gegnerschaft bekundet. Nach dem Aufstand nahm der Flüchtlingsstrom noch erheblich zu und wurde zu einem ernsten wirtschaftlichen Problem für die DDR, da besonders junge Menschen und qualifizierte Arbeitskräfte das Land verließen. **1961** entschloss sich die SED-Führung, die Grenze nach West-Berlin durch den **Bau der Berliner Mauer** zu schließen.

Zwischen 1949 und dem Bau der Mauer waren bei einer durchschnittlichen Bevölkerungszahl von 17 Millionen knapp 2,7 Millionen Menschen aus der DDR nach Westdeutschland geflohen, das waren 15% der Bevölkerung.

Die 1960er- und 1970er-Jahre

Nach dem Bau der Mauer ebte der antikommunistische Widerstand in der DDR ab. Die Mehrheit der Menschen kam zu der Überzeugung, dass sie das SED-Regime nicht beseitigen konnten, und sie stellten fest, dass es so gut wie unmöglich geworden war, das Land zu verlassen. Zwar waren sie über den Bau der Mauer zutiefst empört, öffentliche Proteste gab es jedoch nur wenige. Der Schock nach den Ereignissen im Juni 1953 und der anschließenden Verfolgungswelle saß noch zu tief.

Wenn sie ihre Lebensumstände verbessern wollten, blieb ihnen also nur, zu versuchen, das System zu verändern. Jedoch zerschlug sich auch diese Hoffnung schon wenige Jahre später, als **1968** Truppen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei (ČSSR) einmarschierten und den dortigen Reformversuchen gewaltsam ein Ende bereiteten. Die Reformversuche in der Tschechoslowakei hatten die Menschen in der DDR hoffen lassen, dass auch in ihrem Land Veränderungen möglich wären. Aber die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ hatte ihnen deutlich gemacht, dass

² In Ausnahme-, Belagerungs- oder Kriegszuständen kann, je nach Verfassung, das Standrecht in Kraft treten. Es erlaubt, in einem abgekürzten gerichtlichen Verfahren durch Standgerichte zu entscheiden und eine dabei verhängte Todesstrafe umgehend zu vollstrecken. In der DDR erklärte die sowjetische Besatzungsmacht am Nachmittag des 17. Juni 1953 den Ausnahmezustand und das Standrecht. In den nächsten Tagen wurden von sowjetischen Truppen zahlreiche standrechtliche Todesurteile vollstreckt. Der Ausnahmezustand wurde erst Anfang Juli wieder aufgehoben.



Einheiten der Warschauer Vertragsstaaten rücken mit schwerer Kampftechnik in Prag ein. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft (BSTU-Kopie)

dies nicht der Fall war. Zwar waren in der DDR die meisten Menschen, selbst die sonst eher unpolitischen, über die Ereignisse in Prag schockiert. Aber ebenso wie nach dem Mauerbau äußerten dies nur relativ wenige öffentlich in Protestaktionen. In der Folgezeit flüchteten einige aus der DDR oder stellten Ausreiseanträge. Andere versuchten, die verordneten Normen zu umgehen, ohne jedoch politisch aktiv zu werden. Der Großteil richtete sich in diesem Staat ein und lebte angepasst. Nur sehr wenige engagierten sich gegen das SED-Regime.

Zu den wenigen Tausend Menschen, die sich während der **1960er- und 1970er-Jahre** in der DDR oppositionell betätigten, zählten vor allem Intellektuelle und Angehörige

der Evangelischen Kirche.

Die **Intellektuellen**, zu deren bekanntesten Vertretern der Chemiker Robert Havemann, der Philosoph Rudolf Bahro und der Liedermacher Wolf Biermann gehörten, kritisierten die SED-Führung von einem marxistischen Standpunkt aus. Das bedeutet, dass sie weiterhin von der sozialistischen Idee überzeugt, aber mit deren Umsetzung in der DDR unzufrieden waren.

Sie entwickelten **Vorschläge, wie der Sozialismus in der DDR verbessert werden könnte**. Ein zentraler Punkt war immer die Demokratisierung des Staates. Allerdings erreichten diese Vorschläge nur wenige Menschen in der DDR, weil die Texte und Lieder dieser Leute verboten wurden.

Die oppositionellen Kräfte innerhalb der Kirche erreichten mehr Menschen, vor allem junge Leute, denen die Kirche die Möglichkeit gab, unter ihrem Dach offen über Themen zu sprechen, für die es in der DDR-Gesellschaft sonst kaum Platz gab. Nach und nach entwickelte sich die **Evangelische Kirche** zu einem **Sammelbecken der Opposition**. Den kirchlichen Widerstandskräften ging es vor allem darum, die in der Verfassung garantierte Religionsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirchen gegen den totalen Machtanspruch der SED zu behaupten. Ein besonders schockierendes Zeichen (für die Menschen in Ost wie West) gegen die Diktatur setzte der Pfarrer Oskar Brüsewitz, als er sich 1976 öffentlich selbst verbrannte.

Ab **Mitte der 1970er-Jahre** wuchs die Zahl der Menschen, die sich gegen das SED-Regime auflehnten. Verschiedene innen- und außenpolitische Ereignisse hatten ihre Unzufriedenheit verstärkt.³



Robert Havemann und Wolf Biermann Mitte der 1970er-Jahre. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

³ Dazu zählen die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, die Ausbürgerung Wolf Biermanns und die Selbstverbrennung Oskar Brüsewitz' 1976, die Gründung der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ in der Tschechoslowakei, der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan 1979, die Entwicklungen in Polen und der Reformkurs in der Sowjetunion in den 1980er-Jahren.



Es entwickelten sich zwei Richtungen von Kritikerinnen und Kritikern, die „**Hierbleiber**“ und die „**Ausreiser**“. Die „Ausreiser“ sahen für sich keine Perspektive mehr in der DDR und stellten Ausreiseanträge, um so schnell wie möglich nach Westdeutschland übersiedeln zu dürfen. Die „Hierbleiber“ versuchten die DDR von innen zu verändern, eigene funktionsfähige politische Strukturen in der DDR aufzubauen und ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Innerhalb der Evangelischen Kirche, aber auch unabhängig davon, entstanden Friedenskreise, die sich gegen die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und das weltweite Wettrüsten einsetzten und einen zivilen Wehersatzdienst (↗ SoFD) forderten.



Der in der Ost-Berliner Oppositionsszene engagierte Schriftsteller Rüdiger Rosenthal im Juli 1987 vor dem „Tränenpalast“ am Grenzübergang Friedrichstraße. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft



Stoffaufnäher mit dem Symbol der Friedensbewegung, hergestellt 1985/86 in Berlin. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Die 1980er-Jahre

Die größte dieser **Friedensinitiativen** und die größte oppositionelle Massenbewegung seit dem Juni 1953 überhaupt war 1980/82 die Protestbewegung ↗ Schwerter zu Pflugscharen mit ungefähr 100.000 Sympathisantinnen und Sympathisanten. Äußeres Kennzeichen der Bewegung waren Aufnäher an der Kleidung, auf denen ein Mann ein Schwert in eine Pflugschar umschmiedet.⁴ Das Tragen dieser Aufnäher war verboten und wurde zeitweilig scharf verfolgt.

Später differenzierten sich die Friedensgruppen in **Umwelt-, Menschenrechts-, Dritte-Welt-, Wehrdiensttotalverweigerergruppen und andere**. Einige davon waren die Frauen für den Frieden, die Jenaer Friedensgemeinschaft, die Initiative Frieden und Menschenrechte (↗ IFM), die Umwelt-Bibliothek (↗ UB) oder der Freundeskreis Wehrdienstverweigerer.

Anfangs waren die Gruppen noch auf wenige Großstädte und Regionen begrenzt, erst am **Ende der 1980er-Jahre** fanden sie eine **größere Zahl von Anhänger/innen in vielen Teilen des Landes**. Anders als die im Geheimen agierenden Oppositionellen der 1960er- und 1970er-Jahre arbeiteten diese Gruppen nun öffentlich und riskierten damit ständig Verfolgung und Repressionen (Unterdrückung).

Die thematischen Schwerpunkte und Anschauungen der einzelnen Gruppen waren sehr unterschiedlich, ebenso auch die Mittel und Wege, mit denen sie ihre Ziele umsetzen wollten. **In einem Punkt waren sie sich aber einig: Das Machtmonopol der SED musste beseitigt werden.** Diese Forderung war jedoch nicht gleichbedeutend damit, die DDR abzuschaffen. Im Gegenteil, die meisten Gruppen wollten die DDR als Staat erhalten, allerdings in stark veränderter Form. Die DDR sollte demokratisiert werden, rechtsstaatliche Strukturen⁵ sollten geschaffen und die allgemeinen Menschenrechte und die Reisefreiheit sollten durchgesetzt werden.

⁴ Die Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ lehnt sich an ein Bibelzitat an (Micha 4,3): „Da werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Denn es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“ Die Darstellung des Schmiedes auf dem Aufnäher orientierte sich ironischerweise an einem Denkmal, das die Sowjetunion 1957 der ↗ UNO geschenkt hatte.

⁵ Dazu gehören z. B. die Gewaltenteilung, dabei besonders die Unabhängigkeit der Rechtssprechung, die Rechtssicherheit und die Garantie der Grundrechte.



155 Um ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, nutzten die Gruppen unterschiedliche Aktionsformen wie Friedensdekaden, Seminare, Workshops, Fastenaktionen, Bluesmessen⁶, ↗ Samisdat oder Eingaben an öffentliche Behörden. Einige hatten Kontakt zu westdeutschen Politikerinnen und Politikern und Journalistinnen und Journalisten, die in den Westmedien ab und zu über ihre Arbeit berichteten. Gleichwohl wurden sie von den allermeisten Menschen in der DDR kaum wahrgenommen.

160 Das MfS dagegen nahm die Gruppen sehr wohl wahr, und zwar als Bedrohung. Dementsprechend beobachtete es sie ständig. In einige Gruppen schleuste das MfS inoffizielle Mitarbeiter/innen (↗ IM) ein, die über Mitglieder und Aktivitäten berichten und die Arbeit der Gruppen behindern sollten. Immer wieder wurden Gruppen auch komplett zerschlagen, die Mitglieder wurden bespitzelt und schikaniert, viele wurden zeitweise verhaftet und einige sogar aus der DDR ausgewiesen, wie Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang und Lotte Templin, Freya Klier und Stephan Krawczyk.⁷

165 **Ab Mitte der 1980er-Jahre** begannen sich die Gruppen zu vernetzen und überregionale Zusammenschlüsse zu bilden. Es entstanden die Netzwerke Frieden konkret, Solidarische Kirche, Kirche von Unten, Ökologisches Netzwerk Arche und andere. Gleichzeitig wurden **neue überregionale politische Organisationen** gegründet, die sich zum Teil als **Bürgerbewegungen**, wie z. B. Demokratie Jetzt (↗ DJ) und Neues Forum (↗ NF), und zum Teil als Parteien verstanden, wie z. B. der Demokratische Aufbruch (↗ DA), die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) oder die ↗ Grüne Partei der DDR.

170 Diesen Organisationen schlossen sich in kurzer Zeit Tausende Menschen an. Mittlerweile waren sie durch die Westmedien, die jetzt regelmäßig über sie berichteten, in Ost und West bekannt geworden. Ausschlaggebend für den Beitritt und die Sympathie vieler Menschen mit den Organisationen waren die aktuellen politischen Ereignisse, so z. B. die Reformversuche Michail Gorbatschows in der Sowjetunion (↗ SU), die Wahlfälschung im Mai 1989 in der DDR und die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung.

1989/90 – Friedliche Revolution

180 Im **Sommer 1989** verschärfte sich die **innenpolitische Krise in der DDR** erheblich, einerseits durch die stetig wachsende Zahl von Menschen, die die DDR über Ungarn und die Tschechoslowakei verließen, und andererseits, weil die SED-Führung weiterhin an ihrem starren Kurs festhielt. Obwohl das Land vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Ruin stand, verschloss sich die Parteiführung jeglichen Forderungen nach Reformen, aus Sorge, ihre Macht zu verlieren.

185 Die Menschen wollten diesen Zustand nicht mehr länger hinnehmen. Am 4. September 1989, einem Montag, gingen in Leipzig erstmals mehrere Hundert Frauen und Männer auf die Straße, um gegen die Politik der SED und für demokratische Reformen zu demonstrieren.



Demonstration in Rostock am 29. Oktober 1989.
Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

⁶ Bluesmessen waren Gottesdienste, die mit unkonventionellen Predigten, Gebeten, Musik und Sketchen gestaltet wurden. Es wurden Themen aus dem Alltag der Jugendlichen und auch gesellschaftspolitische Fragestellungen behandelt. Die erste Bluesmesse fand 1979 in Berlin statt und wurde von Pfarrer Rainer Eppelmann und dem Bluesmusiker Günter Holwas durchgeführt. Bis 1987 fanden etwa 20 Veranstaltungen statt. Zu den Bluesmessen reisten zeitweilig 8.000 bis 9.000 Jugendliche aus der ganzen DDR an, darunter auch viele nicht religiöse junge Frauen und Männer. Die Staatsführung versuchte, die Veranstaltungen abzusetzen, und das MfS überwachte sie massiv.

⁷ Kurze Biografien der genannten Personen sind zu finden auf http://www.chronikderwende.de/_lexikon/biografien/index_jsp.html.



195

200

205

210

215

220

Dies war der Auftakt der **Friedlichen Revolution**. In den folgenden Wochen versammelten sich in Leipzig immer mehr Menschen zu **Montagsdemonstrationen** und auch in vielen anderen Städten der DDR kam es zu Demonstrationen mit Tausenden Beteiligten. Den Anstoß zu den Demonstrationen hatten die Oppositionellen gegeben, es beteiligten sich aber vor allem auch viele Zehntausend Menschen, die sich bisher nicht politisch betätigt hatten, und sogar unzufriedene Mitglieder der SED demonstrierten mit. Anfangs reagierte die SED-Führung auf diesen Druck noch mit Polizeiterror und Verhaftungen in großem Umfang. Am 9. Oktober, als in Leipzig über 70.000 Menschen auf die Straße gingen, musste die Parteiführung aber einsehen, dass sie gegen diese Menschenmassen nicht mehr mit Gewalt vorgehen konnte und deren Forderungen ernst nehmen sollte. Sie ließ ihre bereits in Stellung gebrachten Truppen wieder abziehen. Nach weiteren Wochen mit Demonstrationen **fiel am 9. November die Berliner Mauer**. Danach überstürzten sich die Ereignisse. Die Bürgerbewegung und Vertreter/innen der Kirche verlangten Verhandlungen mit der Regierung über die demokratische Umgestaltung der DDR. Auf ihren Druck hin entstanden im Dezember 1989 in allen Bezirken die sogenannten **Runden Tische**, an denen sich die DDR-Führung endlich mit der Opposition und der Kirche auseinandersetzen musste.



Am 10. November 1989 feiern die Menschen aus Ost und West an der Berliner Mauer. Foto: Birgit Wenzel

In den folgenden Wochen wurden am Zentralen Runden Tisch in Berlin freie **Rundtischwahlen**, die Auflösung des MfS und weitere Änderungen vereinbart, die zum Teil auch umgesetzt wurden. So erfolgte im **Januar 1990 die Auflösung des MfS** und **im März 1990 die Durchführung der ersten und letzten freien und demokratischen Volkskammerwahlen**. Nach den Wahlen verloren die Runden Tische ihre Bedeutung.

Im Juli 1990 wurde die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR eingeführt, und am **3. Oktober 1990 endete die Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik** mit deren Beitritt zur Bundesrepublik (**BRD**).

Die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR endete schon mit der Volkskammerwahl im März 1990. Denn mit der **Demokratisierung des Landes war das wichtigste Anliegen aller Widerstandskräfte seit 1945** erreicht worden. So unterschiedlich ihre sonstigen Ziele und Methoden auch gewesen sein mögen, die Forderung nach demokratischen Wahlen war für alle zentral gewesen.

Anregungen:

1. Der Text ist in eine Einleitung und in verschiedene Zeitabschnitte gegliedert. Einzelne Lernende können einen oder mehrere Abschnitte übernehmen und darüber ein kurzes **Referat** vorbereiten, um die gesamte Gruppe zu informieren. Hilfreich hierfür wäre es, die Zwischenüberschriften und ein paar Schlagwörter für die Zuhörenden zu visualisieren.
2. Plenumsdiskussion zum Verhältnis zwischen Eingangszitat, den Informationen des Textes und eigenen Gedanken.

Verwendete Literatur/Quellen:
22, 39, 40, 54, 76,
b, c, d, g, m, n, p, q und r.

→ 53 M